



Newsletter 2 / 2023

14.02.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Bayern leben, heißt besser leben: Der Freistaat ergreift viele Maßnahmen, um bei den wichtigen Themen Bildung, Wohnen und erneuerbare Energien die richtigen Schritte in eine gute Zukunft zu gehen.

Mehr dazu und zu weiteren Themen in meinem neuen Newsletter.

Herzliche Grüße

Alfred Sauter, MdL

Wohnraum, Bildung und Energie

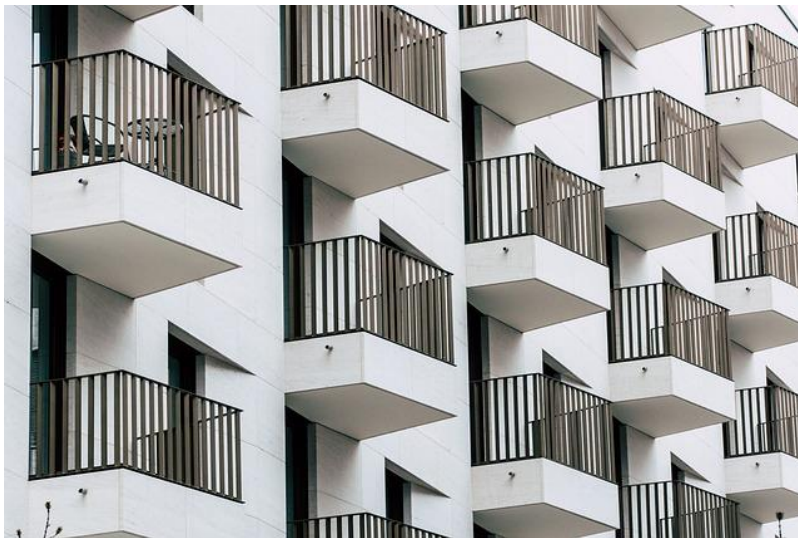


Bild: pixabay.com

Wohnraum, Bildung, Energie - um diese Themen ging es in der vergangenen Woche in der Aktuellen Stunde im Plenum. Im Bereich Energie ist Bayern führend in Wasserkraft, Photovoltaik, Bioenergie und Geothermie. Ganze 25 Prozent des bundesweiten Zubaus an erneuerbaren Energien stammen aus Bayern, kein anderes Bundesland zeigt eine solche Dynamik.

Auch im Bereich Bildung glänzt der Freistaat mit einem Höchststand an Lehrkräften, laufender Modernisierung und Digitalisierung sowie Stellenzubau und hervorragenden Zukunftschancen.

Im Bereich Wohnraum wurde scharfe Kritik an der Ampel-Regierung in Berlin geäußert, die keine konkrete Fördermaßnahmen und Bauerleichterungen auf den Weg bringt. Insbesondere die Verschärfung der energetischen Mindeststandards im Gebäudeenergiegesetz führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Wohnungsbau und damit nicht zu niedrigeren, sondern zu steigenden Wohnkosten.

Stationäre psychiatrische Versorgung



Bild: pixabay.com

Psychische Leiden haben nicht erst seit der Coronakrise zugenommen. Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgungsangebote im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich haben teils monatelange Wartezeiten. Auch die Angebote der Jugendhilfe sind sehr stark beansprucht. Gleichzeitig ist auch der psychiatrische Klinikbereich vom Fachkräftemangel stark betroffen.

Es darf nicht sein, dass behandlungsbedürftige Patientinnen und Patienten nicht aufgenommen werden. Gerade in psychischen Krisen ist die Nichtbehandlung die falsche, im Extremfall möglicherweise sogar tödliche Alternative. Denn klar ist: Eine stationäre psychiatrische Behandlung ist oft genug Suizidprävention. Um nötige Behandlungen sicherzustellen, sind die Strafzahlungen, die drohen, wenn nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht, auszusetzen. Zudem ist die Evaluation vorzuziehen – und ein neues Personalbemessungsinstrument zu schaffen, das flexibler und im Sinne der Patientinnen und Patienten von den Kliniken besser anzuwenden ist.

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einzusetzen. Aus Sicht des Landtags bedarf es unter anderem der Entwicklung neuer evidenzbasierter Personalvorgaben und daraus abzuleitender Personalanhaltszahlen, die eine leitliniengerechte, gemeindenahe, patientenzentrierte und flexible Versorgung ermöglichen, und einer gesetzlichen Grundlage für die Refinanzierung des Personalbedarfs entsprechend der vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) zu bestimmenden Personalanhaltszahlen.

Fortführung der finanziellen Unterstützung der Kommunen durch den Bund



Bild: pixabay.com

Im Freistaat gibt es mehr als 2 000 Kommunen. Diese stellen das Rückgrat der bayerischen Verwaltung dar und sichern den Erhalt der Lebensqualität in Bayern. Dies schaffen sie unter anderem durch die flächendeckende Sicherstellung von Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur. Gerade die Einrichtungen des Sports tragen die Voraussetzungen in sich, die psychosoziale Stabilität und gesundheitliche Widerstandsfähigkeit sowie den sozialen Zusammenhalt und Zufriedenheit in der Bevölkerung zu stärken. Dies wurde in der Zeit coronabedingter Einschränkungen besonders deutlich. Damit dies auch in Zukunft möglich ist, müssen geeignete Einrichtungen vorhanden und in Betrieb sein.

Durch die aktuelle Energiekrise treten neue Herausforderungen für die Betreiber bestehender kommunaler Einrichtungen in den Vordergrund, die zukünftig eine noch stärkere Abkehr von fossilen Energieträgern und eine noch intensivere Nutzung von regenerativen Energien und damit finanzielle Investitionen notwendig machen. Der finanzielle Bedarf ist daher im Vergleich zu den letzten Jahren weiter gestiegen. Die bayern- und bundesweite Versorgungsstruktur wird durch die von der Bundesregierung angekündigte Beschränkung der bereits zugesagten Unterstützungsmittel des Bundes gefährdet. Bürgerinnen und Bürger haben ebenso wie die Kommunen auf die Versprechen der Bundesregierung vertraut, die nunmehr die Mittel einschränken und nicht wie angekündigt weiter ausbauen möchte.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die finanzielle Förderung kommunaler Maßnahmen im Bereich Sport, Jugend und Kultur nicht abgebaut wird.

Wasserwacht Bayern



Bild: pixabay.com

Die Wasserwacht Bayern, die erste führende Wasserrettungsorganisation des Deutschen Roten Kreuzes, begeht ihr 140-jähriges Jubiläum. Die Ehrenamtlichen sind für die Sicherheit am und im Wasser zur Stelle, egal ob für Schwimmkurse, die Wasserrettungsausbildung oder im Ernstfall die Wasserrettung selbst. Sie sind der Garant für Schutz und Sicherheit am und im Wasser. Sie kommen immer dann zum Einsatz, wenn es besonders brenzlich wird, und bringen sich damit auch oft selbst in Gefahr.

Am 7. Februar 1883 nahm die Wasserwacht in Regensburg ihren Anfang. Mittlerweile gibt es rund 77.000 Aktive und insgesamt rund 132.000 Mitglieder, die ein ganz wichtiger Pfeiler im bayerischen Hilfeleistungssystem sind.

Der Freistaat unterstützt das beachtliche Engagement der weit überwiegend vom Ehrenamt geprägten Organisationen der Berg- und Wasserrettung zum Beispiel bei der Erstattung von Kosten für Ausrüstungsgegenstände. In den Jahren 2021 und 2022 waren das insgesamt mehr als 18 Millionen Euro. Für 2023 werden noch einmal mehr als acht Millionen Euro im Haushalt eingeplant. Darüber hinaus investiert der Freistaat Bayern im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms Katastrophenschutz Bayern 2030 in die Ausstattung der Wasserwacht für den Katastrophenschutz.
